

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Integrationsrates

am Mittwoch, **12.09.2012**, 18:00 Uhr - 20:55 Uhr,
Lublin-Zimmer (ehmaliges Konferenz-Zimmer), Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143
Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Sandra Wübken , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte , Dr. Diraid Ibrahim , Manfred Kehr , Türkan Kurt , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Musa Mohammad Omar , Ahmet Özdemir , Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Kakha Tandilashvili , Dr. Georgios Tsakalidis , Robert von Olberg , Peter Wolfgarten , Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Jochen Köhnke

für die Schriftführung

Susanne Jostameling

Es fehlten:

Dr. Hüseyin Avlar , Joachim Bruns , Christoph Kattentidt , Aynur Küçük , Hoang Ngan Nguyen , Dr. Ömer Lütfü Yavuz ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

Es fand kein nicht-öffentlicher Sitzungsteil statt.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1. Eingänge und Mitteilungen**
- 2. Berichte**

- 2.1. Bericht über die Aktivitäten während der Sommerpause zum Thema Schlossplatz

3. Entscheidungen

V/0378/2012
V

- 3.1. Vorschlag des Integrationsrates zur Entsendung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners /einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

V/0405/2012
V

- 3.2. Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut

V/0669/2012
V

- 3.3. Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

4. Berichte aus den Ausschüssen

5. Verschiedenes

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Köhnke berichtete:

Flucht aus Syrien

Immer mehr Menschen fliehen aus Syrien. Fast eine halbe Million Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Hilfsorganisationen befürchten eine humanitäre Katastrophe. In Deutschland wird über die Aufnahme syrischer Flüchtlinge diskutiert.

Jordanien: Rund 70.000 syrische Flüchtlinge befinden sich insgesamt schon in Jordanien. Hinzu dürften Tausende weitere kommen, die sich bislang nicht registrieren ließen.

Türkei: Laut UNHCR kamen ab Mitte August bis zu 5.000 Flüchtlinge täglich in der Türkei an. Insgesamt befinden sich dort zurzeit über 80.000 syrische Flüchtlinge, die meisten von ihnen leben in neun verschiedenen Zeltsiedlungen nahe der Grenze.

Aufnahme in Deutschland: In der Bundesrepublik entwickelte sich im August eine politische Debatte über die Aufnahme syrischer Flüchtlinge, wobei es in allen Parteien Befürworter gab. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Volker Kauder sagte, es müsse an einem Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge gearbeitet werden. Auch Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) schlossen dies nicht aus. Philipp Mißfelder (CDU) plädierte dafür, vor allem christliche Flüchtlinge ins Land zu lassen.

Zahlen zu Personen mit einer Duldung

Zum Stichtag 30. Juni 2012 haben immer noch 85.138 Personen mit einer Duldung in Deutschland gelebt (vgl. MuB 1/12, 10/10, 10/09). Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung vom 10. August auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Bleiberecht hervor (Bt-Ds. 17/10451). Über 45 % der Betroffenen leben seit mehr als sechs Jahren hier.

Höhere Leistungen für Asylbewerber

Die deutschen Bundesländer haben sich Mitte August auf eine einheitliche Erhöhung der Leistungen für Asylbewerber verständigt. Damit reagierten sie auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von Anfang Juli (vgl. MuB 6/12). Alleinstehende oder alleinerziehende Asylbewerber sollen künftig monatlich 346 Euro statt bisher knapp 225 Euro erhalten, teilte die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Irene Alt (SPD) mit. Jugendliche über 15 Jahre sollen 271 Euro bekommen, bisher waren es rund 200 Euro. Die Sätze sollen sich an den Hartz-IV-Leistungen für Langzeitarbeitslose orientieren. Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass Asylbewerbern mehr Geld zustehe. Nach dem Urteil müssen Flüchtlinge und andere Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht etwa so viel Geld bekommen wie Empfänger von Hartz IV oder Sozialhilfe. Die höheren Leistungen sollen nun auch im Asylbewerberleistungsgesetz verankert werden
<http://mifkjf.rlp.de>

NRW: Religionsunterricht

In Nordrhein-Westfalen (NRW) wird in diesem Schuljahr ein einheitlicher islamischer Religionsunterricht als bekenntnisorientiertes Pflichtfach an Grundschulen eingeführt. Dies ist deutschlandweit einmalig (vgl. MuB 6/09, 3/08). Bislang gab es in NRW lediglich das weltanschaulich neutrale Fach Islamkunde. Nur 2.500 der 320.000 muslimischen Schüler in NRW werden im ersten Jahr den Unterricht besuchen. In der Kritik steht, dass momentan weder Lehrplan noch ausreichend ausgebildete Lehrkräfte vorhanden sind. Mit grundständig ausgebildeten Lehrern rechnet man nicht vor 2017. Bereits im Frühjahr 2008 hatte die Deutsche Islamkonferenz beschlossen, dass es einen islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach an deutschen Schulen geben solle (vgl. MuB 3/08). www.schulministerium.nrw.de

Mitteilungen aus der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten:
 Am 27.09.2012 findet der Tag der Migrantenorganisationen statt. Den Mitgliedern wurde eine Einladung ausgereicht.

Anlässlich der Flüchtlingssituation u. a. aus Ländern wie Syrien, bereitet sich die Stadt Münster darauf vor, dass ggf. mehr Flüchtlinge die Stadt erreichen. Die Stadtverwaltung Münster ist auf einen verstärkten Zuzug mit einem Notfallkonzept vorbereitet.

Am 29.09.2012 steht das Interkulturelle Fest an. Herr Köhnke hofft auf zahlreiches Mitwirken der Migrantenorganisationen und auf eine gute und zahlreiche Vertretung des Integrationsrates.

Herr Marinos teilte mit:

Das Centrum für Religiöse Studien, WWU Münster wird verlegt zur Hammerstraße Nähe der Josefskirche.

Griechenland habe zehnmals mehr Flüchtlinge als Deutschland. Die Griechen wären froh, wenn sie die Anzahl der Flüchtlinge in ihrem Land hätten, die die Deutschen aufnehmen.

Frau Pastorin Meike Friedrich wird im Oktober zur neuen Superintendentin des Kirchenkreises Münster gewählt.

Auch in diesem Jahr findet am 03.10.2012 der Tag der offenen Moscheen in Münster statt. Die Zentralveranstaltung ist in der Moschee Hünenburg 24.

Am 22.09.2012 wird Helmut Schmidt in Münster mit dem Westfälischen Friedenspreis geehrt.

Am 16.09.2012 zelebriert der Stadtheimatbund den alljährlichen Tag der Heimat.

Am 12.09.2012 gab es eine Veranstaltung von Kaktus e. V., in der sie ihre Projekte und Vorhaben präsentiert haben und dazu Freunde, Mitarbeiter, Unterstützer und Kooperationspartner in festlicher Atmosphäre eingeladen haben.

Herr Marinos besuchte gemeinsam mit H. Köhnke die Ausstellung des Vereins DoMiD. Eine auf Münster zugeschnittene, ähnliche Ausstellung wie in Köln, wäre im nächsten Jahr in Münster denkbar.

Herr Yesilyaprak erkundigte sich nach der Familie aus Serbien, die wenige Tage vor der Sitzung abgeschoben wurde. Herr Yesilyaprak fragte nach der Vorgeschichte, welche Organisation die Familie bisher betreut habe und warum der Vorsitzende des Integrationsrates erst so spät informiert wurde. Darüber hinaus wollte er wissen warum die Familie in einer „Nacht- und Nebelaktion“ abgeschoben wurde. Ferner bedauerte er, dass in den soeben gehaltenen Berichten kein Wort darüber verloren wurde.

Herr Marinos teilte mit, dass er auch erst am Tag der Abschiebung von einem GRÜNEN Abgeordneten von der geplanten Abschiebung erfahren habe, zu einem Zeitpunkt als die betroffene Familie bereits in Abschiebehaft saß. Die Familie wurde mehrfach von der Verwaltung angeschrieben in der Sache einen Bericht zu machen. Die Rechtsanwältin der Familie sollte ein Eilverfahren einleiten, welches evtl. eine aufschiebende Wirkung gehabt hätte. Dies habe sie versäumt. Die Zusammenarbeit und Benachrichtigung in solchen Fällen müsse früher erfolgen, so Herr Marinos. Das Amt für Ausländerangelegenheiten in Münster handelte nicht immer ideal, agiere jedoch besser als Ausländerbehörden in vielen anderen Städten in NRW.

Herr Köhnke ergänzte, dass das beste Netzwerk nur funktionieren könne, wenn sich die Betroffenen an das Netzwerk wenden. Es gäbe in Münster noch ca. 200 weitere Personen, bei denen niemand weiß, wie es sich entwickeln wird, und bei denen ggf. Anwälte die Hilfe organisieren. Sie müssen die Möglichkeiten des Netzwerkes frühzeitig nutzen.

Herr Dr. Ibrahim plädierte für eine enge Zusammenarbeit der betroffenen Familien mit dem Integrationsrat. Die Mitglieder des Integrationsrates könnten die Familien begleiten und ihnen helfen die juristischen Verfügungen der Behörden zu verstehen.

Herr Köhnke teilte mit, dass in diesem Fall die Familie anwaltlich vertreten worden sei, und dass die Anwältin die Schreiben immer parallel zur Familie selber erhalten habe.

Herr Marinos berichtete von sehr vielen Fällen in seiner Sprechstunde, die er für den Integrationsrat in Kooperation mit den städtischen Stellen und Migrationserstberatungen gelöst habe.

Frau Seyfferth findet es auch bedauerlich, was passiert ist, sie möchte aber in die Zukunft gerichtet gemeinsam überlegen, was daraus gelernt werden kann, was zukünftig besser gemacht werden sollte

Herr Dr. Tsakalidis sieht den Integrationsrat nicht in der Funktion von Betreuungssozialarbeit, sondern als politisches Gremium, welches daran arbeitet, dass die Rahmenbedingungen funktionieren.

Herr Marinos bemerkte abschließend, dass die Abschiebungen nach Serbien grundsätzlich zulässig seien, auch wenn die Situation dort für die Romafamilien teilweise dramatisch sei. Der Fall müsse vorsichtig betrachtet werden, da er noch nicht zu Ende beurteilt sei. Seit 1982 gibt es in Münster den „Münster-Konsens“ mit einer vereinbarten Tradition, Flüchtlinge in Münster besonders zu schützen.

Zur Save-me-Kampagne sollte der Integrationsrat tätig werden, so Herr Marinos. Die Organisationen und Institutionen sollten angeschrieben werden, ob sie die Save-me-Kampagne unterstützen. Diese Thematik sei noch nicht abgeschlossen, teilte Herr Marinos mit.

Punkt 2.1 der Tagesordnung**Bericht über die Aktivitäten während der Sommerpause zum Thema Schlossplatz**

Herr Marinos resumierte:

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause kamen hinsichtlich der Aktivitäten zum Thema „Schlossplatz – Hindenburgplatz“ 4 – 5 Mitglieder zu Wort, die sich für eine Beteiligung des Integrationsrates zur Beibehaltung des Namens Schlossplatz ausgesprochen haben. Eine Gegenrede habe es in der Sitzung nicht gegeben. Darüber hinaus hat Herr Marinos zwei Briefe geschickt mit der Anfrage, ob ein Mitglied des Integrationsrates gegen die Aktivitäten des Integrationsrates ist. Derartige Rückmeldungen habe es nicht gegeben. An zwei Montagen in der Sommerpause wurde vereinbart, dass sich die Mitglieder des Integrationsrates, an den Samstagen vor der Bürgerabstimmung mit einem Stand in der Stadtmitte (Ludgeristraße), hinsichtlich einer Positionierung für den Schlossplatz einbringen werden.

Es gab interessante Gespräche mit den Münsteranerinnen und Münsteranern auf der Ludgeristraße. Mehrere Mitglieder des Integrationsrates haben an dem Stand mitgewirkt. Wichtig ist es Herrn Marinos, dass nach der Abstimmung und unterschiedlichen Positionen wieder friedlich miteinander umgegangen werde.

Herr Dr. Ibrahim findet es richtig, dass sich das Gremium Integrationsrat gemäß § 27 GO grundsätzlich in die Angelegenheiten der Gemeinde einmischt. In diesem Fall hält er eine Initiative des Integrationsrates als Migrant in Deutschland für ein Thema falsch, welches die Deutsche Geschichte betrifft und sich sogar an einem Stand in der Fußgängerzone zu erklären.

Herr von Olberg hat sich an dem Stand in der Fußgängerzone beteiligt. Er hat oft die Argumentation entgegen nehmen müssen, dass er für diese Thematik zu jung sei. Herr von Olberg findet, dass alle in Münster lebenden Personen sich in die Diskussion einmischen sollten, auch die Migrantinnen und Migranten.

Es gab eine Vielzahl von Veranstaltungen und Informationsmöglichkeiten zu dieser Thematik, um sich auf eine Beteiligung vorzubereiten.

Herr Manrique begrüßte die Initiative und ist intensiv in die Diskussion mit den Münsteranern in der Fußgängerzone eingestiegen. Er fand, dass dies gut möglich war. Die Plakate mit Hitler und Hindenburg fand er zu massiv und unpassend.

Herr Machado findet es wichtig, dass die Mitglieder des Integrationsrates, die in dieser Stadt leben und Stimmrecht haben, teilweise studiert und promoviert haben, sich auch mit der Deutschen Geschichte befassen.

Herr Powroznik lehnte die persönlichen Angriffe ab, da man sich inhaltlich doch einig sei.

Herr Dr. Tsakalidis war jeden Samstag in der Fußgängerzone aktiv. Für ihn war es eine wichtige Erfahrung, mit der Bevölkerung in den Austausch zu gehen und auch Angriffe zu erfahren. Die Kommunikation des Rates in der Phase der Umbenennung sei schief gelaufen und selbst unter Historikern sei die Geschichte strittig. Dennoch fand er es wichtig, dass das Gremium Integrationsrat eine Position bezogen habe.

Herr Eroglu war an den Samstagen nicht aktiv dabei, wird aber im Rahmen seiner Kontakte bei den MSO's und Anderen für den Schlossplatz werben.

Herr Yesilyaprak möchte durch die Rückbenennung zu dem Namen „Hindenburgplatz“ nicht ideologisch wieder dem Faschismus Tür und Tore öffnen. Sein bevorzugter Name für den Platz wäre Friedensplatz gewesen. Herr Yesilyaprak bedauert, dass viele Migrantinnen und Migran-

ten die in Münster leben und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen auch kein Wahlrecht bekommen.

Herr Marinos teilte mit, dass er alle ihm bekannten Vereine und Stadtteilorganisationen angeschrieben habe mit der Bitte von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch zu machen. Auch habe er den Hinweis gegeben, dass bei Veranstaltungen zu diesem Thema in den Stadtteilen er behilflich sein könne bei der Vermittlung von Referenten.

Herr Marinos hatte ein Positionspapier vorbereitet zur Unterschrift der Gremienmitglieder. Er fragte nach, wer von den Mitgliedern dies nicht unterzeichnen werde.

Herr Graf von Merveldt teilte mit, dass er das Papier nicht unterzeichnen werde, da er die Aktion für eine Geldverschwendung halte, unabhängig von seiner Position. Das Protokoll der letzten Sitzung mit 15 Seiten habe er erst einen Tag vor dieser Sitzung erhalten.

Frau Wübken hielt eine ideologische, öffentliche Belehrung der Bürgerinnen und Bürger durch dieses Papier nicht mehr für angemessen und lehnte eine Unterschrift ebenfalls ab.

Herr Dr. Ibrahim kritisierte, dass H. Marinos in der Presse angekündigt habe, dass der Integrationsrat anstrebe in der Sitzung am 12.09.2012 einen formellen Beschluss zur Thematik „Schlossplatz“, zu fassen.

Herr Marinos teilte mit, dass er mit dem in der Montagssitzung vorbereiteten Positionspapier, welches nun vorläge, einer schriftlichen Äußerung des Integrationsrates nachkommt.

Herr Yesilyaprak ergänzte einen Satz in dem Positionspapier: „Wir bedauern aber, dass nicht mehr Münsteranerinnen und Münsteraner ausländischer Herkunft das Stimmrecht besitzen.“ Dieser Satz wurde mit aufgenommen. Herr Dr. Yavuz und Herr Dr. Avlar, die während der Sitzung in der Türkei waren, hätten auch unterschrieben, aber dazu hätten sie pers. anwesend sein müssen.

Hier nun das Positionspapier:

Erklärung zum Bürgerbegehren am 16.09.2012

In der Sitzung des INTEGRATIONSrates der Stadt Münster am 12.09.2012 gaben die unten genannten Mitglieder (17 von 21 Anwesenden) nachfolgende Erklärung ab:

Es gibt viele Gründe für das Beibehalten des Namens Schlossplatz! Unser Hauptargument: Wir möchten nach zwei deutlichen Entscheidungen im Rat, dass der Name Schlossplatz und damit die weltweite Akzeptanz Münsters als Stadt für Frieden und Offenheit nicht in Frage gestellt wird.

„Die mutige Aufarbeitung der jüngsten Geschichte zur Änderung von Straßen- und Platznamen zeugt von Offenheit und Demokratie, darf aber nicht zur Spaltung unserer Stadtgesellschaft führen. Dies ist zu befürchten, wenn die Auseinandersetzung mit diesen Themen ideologisch so weiter geführt wird.“

Diese Befürchtung, die frühzeitig und öffentlich von vielen Mitgliedern des Integrationsrates ausgesprochen wurde, ist leider eingetreten.

Wir vom Integrationsrat verurteilen nicht die andere Position, sind wir jedoch der Überzeugung, dass eine **Rückbenennung** nach den nunmehr **zweimaligen Ratsbeschlüssen**, mehr Schaden als Nutzen für Münster bringt.

Bei unseren Diskussionen mit der Bevölkerung auf der Ludgeristraße können wir feststellen wie schwer es ist für viele Münsteranerinnen und Münsteraner sich von den ihnen vertrauten Na-

men zu trennen. Dafür haben wir Verständnis. Auch stark ideologische Argumente wurden uns entgegengebracht, die wir vehement ablehnen.

Wir wollen uns aber auch nach dem 16.09.2012 in Münster respektvoll begegnen und auf einen gemeinsamen Weg einigen, nämlich wie wir zukünftig mit diesem Thema umgehen bzw. verfahren sollen. Dafür werden wir/Integrationsrat auch konkrete Vorschläge unterbreiten.

Wir bedauern, dass unsere bisherigen Erklärungen nicht eine breitere Öffentlichkeit erreicht haben. Wir möchten von unserem Abstimmungsrecht Gebrauch machen, denn die Zukunft dieser Stadt geht uns direkt an. Dazu fordern wir alle Stimmberechtigten ausländischer Herkunft auf. Wir bedauern aber, dass nicht mehr Münsteranerinnen und Münsteraner ausländischer Herkunft das Stimmrecht besitzen.

Bei diesen Gesprächen haben wir des Weiteren auch diverse Unzufriedenheiten der Bürgerinnen und Bürgerinnen erfahren. Diese dürfen jedoch nicht, mit dem eigentlichen Zweck des Referendums, nämlich der Namensgebung, vermischt werden.

Yildirim Eroglu, Ahmet Özdemir, Dr. Georgios Tsakalidis, Pascal Powroznik, Türkan Kurt, Ahmet Yesilyaprak, Mehmet Akif Cetinkaya, Petra Seyfferth, Manfred Kehr, Antonio Machado da Silva, Deler Saber, Sylvie Eschkotte, Felix Ruben Manrique Barrera, Peter Wolfgarten, Robert von Olberg, Spyros Marinos, Musa Mohammad Omar

Punkt 3 der Tagesordnung	Entscheidungen
Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0378/2012	Vorschlag des Integrationsrates zur Entsendung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners /einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Integrationsrat schlägt dem Rat vor, als Nachfolger/in für Herrn Deler Saber

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

2. Der Integrationsrat schlägt dem Rat vor, als Nachfolger/in für Herrn Deler Saber

Herrn _____ Spyros Marinos _____

als stellvertretenden sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu entsenden.

Dieser Beschlussvorschlag, den Herr Eroglu einbrachte, wurde einstimmig im Gremium angenommen. Es gab keine Vorschläge hinsichtlich weiterer Kandidaten.

Punkt 3.2 der Tagesordnung V/0405/2012	Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut
---	---

Herr Treutler berichtete zu dieser Vorlage im Integrationsrat. Darüber hinaus berichtete Herr Matthias Henke, Refendar für den höheren Verwaltungsdienst über seine Recherchen zum Thema „kultursensible Altenpflege“.

Diesem Protokoll ist als Anlage der Bericht von Herrn Henke beigelegt.

Herr Treutler empfahl mit dieser Vorlage etwas Neues, ein Fallmanagement für Personen die die Grundsicherung erhalten, um den Zustand der Altersarmut zu überwinden. Dabei geht es darum die Teilhabebeeinträchtigungen in alltäglichen Bereichen zu überwinden, d. h. Aufbau von sozialen Kontakten, Anbindung an Angebote im Stadtteil etc.

Die Vorlage von Herrn Treutler wurde von den Gremienteilnehmerinnen und Gremienteilnehmern ausdrücklich begrüßt.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt dem unter Ziffer 2 der Begründung dargestellten Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut zu. Die Verwaltung wird beauftragt, das Programm nach Maßgabe der verfügbaren finanziellen Mittel mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und anderen Anbietern sozialer Dienstleistungen sowie mit den vor Ort aktiven Initiativen umzusetzen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung eines Teils der Einzelvorhaben (Anlagen 1 und 2) in einer Projektlaufzeit von zwei Jahren vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2014 mit Kosten von 83.765 € pro Jahr verbunden ist. Über die Bereitstellung dieser Mittel entscheidet der Rat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013.
3. Folgende Anträge sind mit der Beschlussfassung dieser Vorlage umgesetzt:
 - a. Antrag der SPD Fraktion an den Rat Nr. A-R/0033/2008 – „Münster für alle – In Würde alt werden – Schutz vor Altersarmut wirkungsvoll entfalten“
 - b. Antrag der CDU Fraktion an den Rat vom 20.02.2012 – „Für eine generationengerechte Stadt – im Europäischen Jahr – für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“
 - c. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Vorlage V/0941/2011 – Altersarmut in Münster im Lichte des demographischen Wandels im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vom 28.02.2012

Der Beschlussvorschlag der Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Punkt 3.3 der Tagesordnung V/0669/2012

Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

Frau Wübken fragte nach, ob es Kriterien gäbe, nach denen die Mittel vergeben werden. Herr Marinos hat längst in einer der vergangenen Sitzungen eine Liste mit Kriterien ausgegeben. Nach wie vor warte er noch auf Rückmeldungen aus dem Gremium, die bisher nicht bei ihm eingegangen seien.

Herr Dr. Ibrahim hält es für sinnvoll über die vor ca. anderthalb Jahren entwickelten Kriterien abzustimmen.

Herr Marinos bat die Anwesenden ihren Teil zu den Kriterien hinzuzufügen, er warte auf Antworten mit Vorschlägen.

Auf Nachfragen der Gremienmitglieder wurde zugesagt, die Kriterien nochmals allen Mitgliedern, da sich die Zusammensetzung geändert hat, zuzusenden.

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
36.	Zana Hajo (Hagu)	Veranstaltung „Humanität für Syrien“	400	Fehlbetrag: 2.900 €
37..	Deutsch-Türkische Vereinigung e. V.	Türkischer Musikchor NRW Konzert	300	
38.	Interesse Brasil Alemanha e. V. .	Brasilianisches Junifest (Festas Juninas)	280	beantragt: 450,00 €
39.	Upla e. V.	Peruanischer Tag am 28. Juli 2012	260	beantragt 260,00€
40.	AK Femigration	Interkulturelle Begegnung von Frauen	160	beantragt 160€
41.	Arbeitskreis International und Türkischer Arbeiter und Studentenverein Münster e. V.	Planungen im Rahmen der Interkulturellen Wochen Ein großes Zelt beantragt und Kostenerstattung für den Auftritt der Musikgruppe Nefes aus Gelsenkirchen beim IKF	700	1.100€ beantragt
42.	Upla e. V.	Deutsch-Lateinamerikanische Wochen im Rahmen der Interkulturellen Wochen	700	1.000€ beantragt

Die vorliegenden Zuschüsse wurden einstimmig beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Frau Kurt berichtete als Vertreterin des Integrationsrates im AKJF. Die Mitarbeit in dem Gremium ist sehr arbeitsintensiv, so Frau Kurt. Es gibt zahlreiche Berichte, die regelmäßig zu lesen seien, die Themen seien sehr wichtig für die Entwicklung innerhalb der Stadtgesellschaft wie ein Schwerpunktthema der Ausbau der Kitas für Kinder unter 3 Jahren. Es gibt 6 Arbeitsgruppen des Amts für Kinder, Jugendliche und Familien nur zum Bereich gender studies. Erschwerend komme für die Arbeit hinzu, dass allein in diesem Jahr wieder drei Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien parallel zu den Integrationsratssitzungen stattfinden.

Sie schlug vor die bereits angekündigten Arbeitsgruppen für den Bereich Schule und Weiterbildung um eine Arbeitsgruppe zum Jugendhilfeausschuss zu erweitern. Herr Kehr war bereit seine Leistung für den Bereich Schule und Weiterbildung in einer Arbeitsgruppe anzubieten. Dies hatte er H. Marinos bereits im Vorfeld mitgeteilt.

Der Vorschlag zwei Arbeitsgruppen zu bilden wurden von den Gremienmitgliedern zustimmend angenommen.

Herr Powroznik warb für den Tag MSO's, in dem diese Themen intensiv bearbeitet wurden. [Ein Impulsreferat der Veranstaltung lautete: „Zur Bedeutung der Mitwirkung von Eltern und Migrantenorganisationen in KiTa und Schule: Ein Überblick über Aktivitäten und ihren Erfolg.“]

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es wurde über die geplanten Sitzungstermine des Integrationsrates in 2013 gesprochen.

Herr Köhnke berichtete, dass das Amt des Rates und des Oberbürgermeisters, das für die Terminplanung zuständig sei, versuchen würde Überschneidungen zu vermeiden, dies aber bei der Fülle an Gremien und Terminen nicht vollständig zu vermeiden sei. Überschneidungen, so Herr Köhnke, werde es bedingt immer geben.

Herr Kehr sagte, dass es einen Antrag der GRÜNEN geben werde. Der Antrag werde in der Fraktion vorbereitet. Herr Kehr möchte, dass bevor der Antrag eingebracht wird, der Integrationsrat hierzu Stellung bezieht. Herr Marinos empfahl Herrn Kehr eine Teilnahme zur Besprechung des Antrages in der Montagsrunde.

Herr Dr. Ibrahim bat darum, dass alle Mitglieder des Integrationsrates diesen Antrag zeitgleich erhalten.

Frau Wübken bat darum, das Versanddatum von Unterlagen etwas zu optimieren.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Susanne Jostameling
Schriftführung

Anlage: Handout zum Thema „Kultursensible Altenpflege“ und Antworten zu dem Fragenkatalog

Integrationsratssitzung vom 12.09.2012

Auf Grundlage der „Handlungsempfehlungen zur Umsetzung einer kultursensiblen Altenpflege in Münster“ aus dem Jahr 2008 wurde mittels Experteninterviews mit sechs Pflegeeinrichtungen in Münster eine Standortbestimmung vorgenommen, in wie weit die Handlungsempfehlungen zum Tragen kommen.

Folgende Pflegeeinrichtungen sind interviewt worden:

- Altenheim St. Lamberti
- Haus Wilkinghege
- Ev. Seniorenzentrum Martin-Luther-Haus
- Alexianer Münster GmbH, Pflegeberatung
- Ambulanter Pflegedienst Münster Pflege
- Ev. Diakoniestation

Folgende Fragen wurden im Rahmen des Experteninterviews gestellt:

Dimension Organisation / Personal

1. Haben (aufgrund der Handlungsempfehlungen) Veränderungen in Ihrer Einrichtung stattgefunden hinsichtlich der Organisationsstruktur, des Leitbildes, der Personalauswahl und -entwicklung bzw. gab es sogar eine Spezialisierung auf bestimmte Kulturkreise?

Dimension Kunden der Pflegeeinrichtung

2. Aus welchen Kulturkreisen stammen Ihre Kundinnen und Kunden? Gibt es Schwerpunkte oder erkennbare Tendenzen?
3. Ist bei den Kundinnen und Kunden mit Migrationsvorgeschichte erkennbar, ab welchem Grad der Pflegebedürftigkeit Pflegeangebote wahrgenommen werden? Lassen sich in diesem Zusammenhang Differenzen zu den Pflegebedürftigen ohne Migrationsvorgeschichte erkennen?

Dimension Pflege und Service

4. Wie findet die Kommunikation zwischen dem Pflegepersonal und den Pflegebedürftigen statt? Wird diese muttersprachlich, in einer Mischform oder in deutsch geführt? Wird möglicherweise auf Schlüsselpersonen (Familienangehörige o.ä.) oder gar auf Dolmetscher zurückgegriffen?
5. Werden bei der Pflege soziokulturelle Aspekte wie beispielsweise Hygiene, Ernährung, Intimität und Sterben/Tod besonders berücksichtigt? Findet Religiosität und Alltagsgestaltung der Pflegebedürftigen auch bei der Pflegeanamnese Berücksichtigung?

Dimension Außendarstellung

6. Findet eine besondere Außendarstellung, Werbung, Bekanntmachung oder ähnliches bezüglich kultursensibler Pflege statt? Welche Medien, Multiplikatoren, Netzwerke oder Systeme werden dazu genutzt?

Auswertung Experteninterviews zum Thema „Kultursensible Altenpflege“ Mündlicher Bericht im Integrationsrat am 12.09.2012

Einleitung:

- Bei der Fachtagung „Wenn Menschen ausländischer Herkunft Pflege brauchen...“ im Dezember 2005 wurde festgestellt, dass bei Menschen mit Migrationsvorgeschichte ein Pflegebedarf besteht, der mit den bisherigen Maßnahmen der Dienste und Einrichtungen nicht hinreichend gedeckt werden konnte.
- Die Arbeitsgruppe „Kultursensible Altenpflege“ wurde daher im Frühjahr 2007 einberufen und hat im Dezember 2008 die „Handlungsempfehlungen zur Umsetzung einer kultursensiblen Altenpflege für Münster“ entwickelt, welche auch eine überregionale Anerkennung erfahren haben.

- Dabei wurde zunächst der Ist-Zustand analysiert und festgestellt, dass insbesondere die Zugangsbarrieren gesenkt werden und die Angebote multikulturell gestaltet werden müssen.
- Die Umsetzung dieser Ziele soll mit den vorgenannten Handlungsempfehlungen gelingen.
- Ob die Umsetzung der Handlungsempfehlungen erfolgreich stattgefunden hat und dadurch die Zugangsbarrieren gesenkt wurden, hat die Verwaltung mittels einzelner Experteninterviews (Anbieter pflegerischer Leistungen und Pflegeberatung) eruiert worden.

Frage 1:

Haben (aufgrund der Handlungsempfehlungen) Veränderungen in Ihrer Einrichtung stattgefunden hinsichtlich der Organisationsstruktur, des Leitbildes, der Personalauswahl und -entwicklung bzw. gab es sogar eine Spezialisierung auf bestimmte Kulturkreise?

Antwort:

Zwei von sechs Befragten antworteten, dass einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kenntnissen über verschiedene Kulturen vorhanden seien, einzelne Schulungen vorgenommen würden, es jedoch eine Begrenzung auf wenige Kulturkreise gebe.

Die übrigen vier Befragten gaben an, dass multikulturelles (Führungs-) Personal vorhanden sei, dass regelmäßige Schulungen, insbesondere im Palliativbereich stattfinden würden und dass eine Leitbildimplementierung vorläge.

Insgesamt ließ sich feststellen, dass auf eine Sprachenvielfalt Wert gelegt wird und dass multikulturelles Personal als natürlicher Bestandteil der Pflege gesehen wird, eine besondere organisatorische Ausrichtung jedoch nicht stattfindet.

Frage 2:

Aus welchen Kulturkreisen stammen Ihre Kundinnen und Kunden? Gibt es Schwerpunkte oder erkennbare Tendenzen?

Antwort:

Zwei von sechs Befragten teilten mit, dass ihre Kundinnen und Kunden aus Deutschland und schwerpunktmäßig einer weiteren Nation stammen. Dabei handelt es sich einerseits ums Russland, andererseits um die Bevölkerung aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Drei weitere Befragte gaben an, dass ihre Kundinnen und Kunden aus Deutschland und einigen wenigen weiteren Nationen stammen, die in größerer Zahl in Deutschland leben. Hier

handelt es sich um Menschen, die aus Polen oder Russland stammen oder nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland Verbliebene.

Die Kundinnen und Kunden einer Pflegeeinrichtung stammen aus Deutschland und vielen verschiedenen anderen ethnischen Gruppen, die z.T. auch nur in geringer Anzahl in Deutschland leben. Dazu zählen neben Russen, Polen und Spaniern auch Südkoreaner, Belgier und Israelis.

In die Beratungsstelle kommen zudem auch vereinzelt Personen türkischer Herkunft.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass insbesondere Menschen aus Osteuropa Pflegeeinrichtungen aufsuchen. Menschen mit muslimischen Glauben oder einer Herkunft aus dem arabischen Raum nutzen jedoch kaum die vorhandenen Pflegeangebote.

Frage 3:

Ist bei den Kundinnen und Kunden mit Migrationsvorgeschichte erkennbar, ab welchem Grad der Pflegebedürftigkeit Pflegeangebote wahrgenommen werden? Lassen sich in diesem Zusammenhang Differenzen zu den Pflegebedürftigen ohne Migrationsvorgeschichte erkennen?

Antwort:

Eine Pflegeeinrichtung sieht keine Unterschiede in der Wahrnehmung von Pflegeangeboten. Dies sei aber der Tatsache geschuldet, dass bislang keine entsprechende Klientel nachgefragt habe.

Drei der Befragten gaben an, dass ihrer Wahrnehmung nach die Pflegeangebote oftmals deutlich verzögert wahrgenommen werden. Die Gründe dafür seien mangelnde Information, Sprachbarrieren, Stolz und die Familie. Insbesondere in der ambulanten Pflege würde die Leistung oft durch die Familie übernommen.

Zwei Pflegeeinrichtungen gaben an, dass diese Frage nur durch die ambulanten Pflegekräfte selbst zu beantworten sei bzw. von der Beratungsstelle nicht direkt zu beantworten sei.

Die Beratungsstelle gab zudem an, dass Krankheiten wie Demenz nicht als Krankheit wahrgenommen würden.

Auch sei erkennbar, dass bei Menschen, die durch das Sozialamt unterstützt würden, eher eine Pflegeeinrichtung in Anspruch genommen wird. Bei Menschen ohne Betreuung durch das Sozialamt sei der Zugang oftmals deutlich verzögert und erschwert.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass besonders Menschen mit mangelnden Sprachkenntnissen Angst davor haben, in der Pflegeeinrichtung aufgrund von Sprachbarrieren nicht richtig behandelt zu werden. Mangelnde Information oder andere kulturelle Hintergründe können zudem eine weitere, aber eher untergeordnete Rolle spielen.

Frage 4:

Wie findet die Kommunikation zwischen dem Pflegepersonal und den Pflegebedürftigen statt? Wird diese muttersprachlich, in einer Mischform oder in Deutsch geführt? Wird möglicherweise auf Schlüsselpersonen (Familienangehörige o.ä.) oder gar auf Dolmetscher zurückgegriffen?

Antwort:

Alle befragten Pflegeeinrichtungen sagten übereinstimmend, dass die Kommunikation möglichst auf Deutsch geführt wird. Bei Bedarf wird muttersprachlich unter Zuhilfenahme von entsprechend sprachlich versiertem Personal oder von Schlüsselpersonen kommuniziert. In Einzelfällen werden auch Dolmetscher hinzugezogen.

Frage 5:

Werden bei der Pflege soziokulturelle Aspekte wie beispielsweise Hygiene, Ernährung, Intimität und Sterben/Tod besonders berücksichtigt? Findet Religiosität und Alltagsgestaltung der Pflegebedürftigen auch bei der Pflegeanamnese Berücksichtigung?

Antwort:

In zwei Einrichtungen werden alle kulturellen Besonderheiten berücksichtigt. Dem liegt eine intensive Biografiearbeit zugrunde, mit der möglichst alle soziokulturellen Aspekte berücksichtigt werden sollen. Ziel ist dabei insbesondere in einer der beiden Einrichtungen Individuallösungen anzubieten. Dazu gehören eine gewisse Selbstorganisation, flexible Angebote für alle Pflegebedürftigen und eine individuell gestaltbare Wohnatmosphäre.

In drei Einrichtungen werden über die kulturellen Besonderheiten hinaus auch die individuellen Besonderheiten berücksichtigt. Dabei wird auch Rücksprache mit den Angehörigen gehalten. Es werden Alltagshelfer (in der ambulanten Pflege) hinzugezogen, die beispielsweise auch bei Einkäufen auf individuelle Wünsche eingehen. Es werden zudem internationale Feste, Frauenfrühstücke und ähnliche Veranstaltungen angeboten. Besonders in der Palliativpflege wird viel Wert auf eine Berücksichtigung der individuellen Besonderheiten gelegt.

Für den Bereich Pflegeberatung ist die Frage nicht zutreffend.

Die soziokulturellen Aspekte werden somit umfänglich und vollkommen unabhängig von der kulturellen Herkunft in allen befragten Einrichtungen berücksichtigt. Alle Einrichtungen legen darauf einen besonders großen Wert.

Frage 6:

Findet eine besondere Außendarstellung, Werbung, Bekanntmachung oder ähnliches bezüglich kultursensibler Pflege statt? Welche Medien, Multiplikatoren, Netzwerke oder Systeme werden dazu genutzt?

Antwort:

Vier der Befragten gaben an, dass keine besondere Außendarstellung stattfindet. Lediglich ein mehrsprachiges Internetangebot sei teilweise vorhanden. Als Begründung wurde häufig angegeben, dass der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stehe.

Eine Einrichtung spricht bewusst ethnische Gruppen, Kulturkreise o.ä. an und sucht auch das persönliche Gespräch. Im Gegenzug erhält diese Einrichtung aber keine Anfragen durch die Kulturkreise wie z.B. einen katholischen Glaubenskreis von Menschen mit polnischer Herkunft. Solche Kreise werden oftmals als geschlossenes System erlebt werden, das kein Interesse an kultursensibler Altenpflege zeigt.

Die Pflegeberatung hingegen setzt auf ein fokussiertes Marketing in der Muttersprache und versteht sich auch als Multiplikatoren- und Netzwerknutzer. Konkret wird fremdsprachiges Informationsmaterial herausgegeben, es werden Treffpunkte und Gotteshäuser aufgesucht, fremdsprachige Filme gezeigt und Veranstaltungen wie das internationale Frauenfrühstück initialisiert. Nach Aussage der Pflegeberatung müssen die Pflegeheime offensiver und aktiver auf den potenziellen Kundenkreis der Menschen mit Migrationsvorgeschichte zugehen.

Bezüglich der Bekanntmachung, Werbung, Nutzung von Medien oder Netzwerken steht der hohe Aufwand für die Pflegeeinrichtung oftmals in keinem Verhältnis zu der Resonanz aus den verschiedenen kulturellen Gruppen. Die Pflegeeinrichtung verweisen daher auf ihr bestehendes Angebot, das jedem frei zugänglich ist. Um den Zugang zu vereinfachen, können darüber hinaus Angebote von Pflegeberatungen und Informationsbüros wahrgenommen werden. Diese setzen sich aktiv für die kultursensible Altenpflege ein. Der Zugang ist somit allen ethnischen Gruppen niedrigschwellig möglich.